

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **12. Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Riedau am 06. Juli 2017.**

Tagungsort: Marktgemeindeamt Riedau

Anwesende:

- | | |
|---|------------------------------|
| 01. Bürgermeister Franz Schabetsberger als Vorsitzender | |
| 02. 1. Vizebgm. Klaus Mitter | 15. GR. Christian Dick |
| 03. GR. Karl Kopfberger | 16. GR. Marco Mendl |
| 04. GR. Monika Tallier | 17. GV. Franz Arthofer |
| 05. GR. Gerhard Payrleitner | 18. GR. Elisabeth Jäger |
| 06. GR. Klaus Trilsam | 19. GR. Karin Eichinger |
| 07. GR. Johann Schmidseider | 20. GR. Michael Schärfl |
| 08. GR. Brigitte Ebner | 21. GR. Roswitha Krupa |
| 09. GR. Ing. Thomas Klugsberger | 22. GR. Andreas Schroll |
| 10. 2. Vizebgm. Heinrich Ruhmanseder | 23. GR. Bernhard Rosenberger |
| 11. GV. Brigitte Heinzl | 24. |
| 12. GR. Michael Desch | 25. |
| 13. GR. Hargaßner Philipp | |
| 14. GR. Günter Humer | |

Ersatzmitglieder:

GR. DI Franz Mitter	für	GV. Reinhard Windhager
GR. Ing. Alois Steinmetz	für	GR. Wolfgang Kraft

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Katharina Gehmaier

Sonstige Personen (§ 66 Abs. 2 OÖ. GemO.1990):

Es fehlen:

entschuldigt:

GV. Windhager Reinhard
GR. Wolfgang Kraft

unentschuldigt

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 OÖ. GemO. 1990): AL Katharina Gehmaier

Der Vorsitzende eröffnet um 20:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder
zeitgerecht am 29.6.2017 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
~~der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 54 Abs. 1 OÖ. GemO 2002) enthalten ist und die Verständigung hierzu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht per mail am 11.05.2017 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;~~
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 18.05.2017 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift von jenen Gemeinderatsmitgliedern und Ersatzmitgliedern, welche an der betreffenden Sitzung teilgenommen haben bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.
- e) Folgender **Dringlichkeitsantrag** wurde gemäß § 46 Abs. 3 OÖ. GemO 2002 eingebracht:

Unterschriften Sitzungsprotokoll (Mitter , Ruhmaseder, Arthofer, Rosenberger)

Sodann gibt die Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Ernst Sperl zur Bürgerfragestunde (siehe Anhang)

Weiters berichtet der Bürgermeister, dass es eine Anfrage der Grünen Riedau zum Wegerecht Kellerleiten-Friedwang gibt. Er wird unter TOP. 6. Bericht des Bürgermeisters darauf antworten.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes des Prüfungsausschusses.
2. Beratung und Beschlussfassung zur Gründung eines Standesamtsverbandes im Bezirk Schärding.
3. Vergabe von Straßenbauarbeiten in der Siedlung Pomedt.
4. Bericht des Obmannes des Wohnungsausschusses
5. Bericht des Bürgermeisters zum aktuellen Stand Bauhofkooperation
6. Bericht des Bürgermeisters.
7. Allfälliges.

TOP. 1.) Bericht des Obmannes des Prüfungsausschusses.

Der Obmann des Prüfungsausschusses GR. Humer gibt den Bericht zur Sitzung des Prüfungsausschusses am 26.6.2017 mit folgender Tagesordnung:

1. Überprüfung der Belege
2. Allfälliges

TOP. 2.) Beratung und Beschlussfassung zur Gründung eines Standesamtsverbandes im Bezirk Schärding.

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt.

In den Zeitungen war schon ein großer Bericht, dass es im Bezirk Schärding einen Standesamtsverband geben sollte. Der Hintergrund dazu ist, dass bei diversen Hochzeiten oder ähnlichen Personen betroffen sind, die außerhalb Österreich oder der EU betroffen sind. Wenn z.B. Ein Taiwanese mit einer Österreicherin zu verheiraten ist, ist es schwierig, weil man muss dazu das taiwanesisches Gesetz kennen. Prinzipiell kann man in jedem Standesamt heiraten, die Schwierigkeiten ergeben sich, wenn ein nicht EU-Bürger betroffen ist. Deshalb haben sich mehrere Gemeinden zusammengeschlossen und die Gründung eines Standesamtsverbandes zur Diskussion gestellt. Der Gedanke ist eigentlich recht gut, nicht so gut befindet er die Kosten. Der Verband sollte im Stadtamt Schärding niedergelassen sein mit zusätzlichen 2,5 Personaleinheiten. Die Kosten müssten dann von den Gemeinden, die sich beteiligen, getragen werden. Für Riedau ist das ein Sockelbetrag von € 2.000,- und ein Einwohneranteil von € 2.988,-, in Summe also € 4.988,-. Er hat sich das mit den Riedauer Standesbeamten besprochen, wie viele Standesamtsfälle es in den letzten Jahren gegeben hat. In den letzten Jahren sind zwischen 14 und 18 Personenstandsfälle jährlich angefallen:

2016 sind 14 Personenstandsfälle: angelegte Evidenzpersonen 20, ausgestellte Staatsbürgerschaftsnachweise 8 Stk; dazu ist ein Arbeitsaufwand von ca. 30 bis 40 Stunden erforderlich. Ein Beamter kostet in Stunde ca. € 30,-, so wären das Kosten von 1.200,- € und für den Standesamtsverband sollten wir fast € 5.000,- bezahlen. Was außerdem nicht so gut ist, du musst, wenn du den Standesamtsverband machst, zum Aufgebot nach Schärding schicken, das kann man dann nicht mehr vor Ort machen. Die Trauung kann aber vor Ort stattfinden, alle Urkunden können vor Ort ausgedruckt werden, weil wir Standesbeamte haben. Alle Gemeinden müssen nun entscheiden ob sie dem Verband beitreten. Man kann auch später diesem Verband beitreten, man kann sich die Entwicklung anschauen. In Raab besteht bereits ein kleinerer Verband, in welchem Altschwendt und St. Willibald sind. Andorf sagte von vornherein dass sie nicht mitmachen. In Summe gibt es bis jetzt sechs Gemeinden, die nicht teilnehmen werden, alle anderen Gemeinden haben im Gemeinderat zu beschließen, ob sie teilnehmen oder nicht. Sein Vorschlag ist, die Angelegenheit zu beobachten. Er wird bei der nächsten Bürgermeisterkonferenz dieses Thema ansprechen, denn er sieht nicht ein, dass alles auf die Gemeinden abgelagert wird. Wenn der Bund sagt, dass überall geheiratet werden kann, dann soll er auch eine diesbezügliche Stelle installieren. Im letzten Jahr hat es nur zweimal eine Person betroffen, wo wir ein wenig höheren Aufwand hatten. Ein enormer Aufwand ist dann gegeben, wenn zwei Personen mit anderen verschiedener Staatsangehörigkeit hier heiraten wollen. Er wird bei der Bürgermeisterkonferenz den Vorschlag bringen, dass sich Bund und Land damit auseinandersetzen sollen und eine Stelle einrichten. Alles andere können wir kostengünstig mit unseren Leuten abwickeln. Er glaubt, es wird dann schleichend passieren, dass bei Personalnachbesetzungen 0,2 Personaleinheiten gestrichen werden. Irgendwann geht uns dann das Personal aus. Wenn immer mehr in Verbände ausgelagert wird, dann gehen uns die Leute aus. Auch der Prüfer sieht das Auslagern der Angelegenheiten auch für problematisch. Er sagt, die Verbände unterliegen nicht mehr der Kontrolle der Bezirkshauptmannschaft. Das heißt, die können Sachen machen, die nicht mehr kontrolliert sind, weil es keine offizielle Kontrolle mehr gibt. Er traut es sich jetzt schon zu sagen, weil er in Pension geht, sonst dürfte er es nicht sagen. Er stellt die Angelegenheit zur Diskussion.

Vizebgm. Mitter sagt, er war am 2. Mai bei der Besprechung in Schärding. Es waren 23 interessierte Gemeinden anwesend plus Vertreter aus Schärding. Im Vorfeld haben sich bereits einige Gemeinden ausgeklinkt. Der Verband startet mit 1.1.2018, ein Austritt ist jährlich möglich. In den Statuten hat er heute gelesen, dass der Austritt nicht so leicht ist, aber man kann wieder austreten. Der Obmann wäre der Bürgermeister von Schärding. Es wurde ihnen gesagt, bei einer 2000 Einwohner-Gemeinde gäbe es eine Einsparung von 0,10 Personaleinheiten. Der neue Verband wollte ursprünglich 3 Personaleinheiten, das wurde jetzt gekürzt auf 2,5 Personaleinheiten, was jährliche Kosten von € 100.000 verursacht. Diese Kosten werden auf die teilnehmenden Gemeinden umgelegt. Für Riedau wären das +/- ca. € 5.000,-. Von den interessierten Gemeinden wurde kritisiert war der Beitrag der Stadtgemeinde Schärding, weil Schärding ist mit keinen Kosten berücksichtigt. Sie sagen, sie stellen die Lokalität und die Ausstattung zur Verfügung. Ein Standesbeamter pro Gemeinde muss sowieso bleiben. Zum Thema Vorteile für die Gemeinden, die bessere rechtliche Absicherung bei speziellen Fragen, die Kosten +/- ist gleich Null. Er würde auch sagen, man beobachtet es jetzt, man muss nicht von Anfang an dabei sein.

Vizebgm. Ruhmaseder berichtet, auch seine Fraktion hat es diskutiert. Sie glauben auch, dass wir es momentan nicht brauchen, es ist wieder ein Verband, wo wir Mitgliedsbeiträge zahlen müssen. Wenn wir Dienstleistungen brauchen, so kann man diese eventuell zukaufen. Er sieht momentan keine Notwendigkeit dem Verband beizutreten.

GV. Arthofer sagt, seine Fraktion ist der gleichen Meinung, wo eben die Statuten sagen, dass der Ausstieg nicht so leicht möglich ist, der Einstieg aber jederzeit möglich ist. So lange es geht sollen wir diese Aufgaben bei uns selbst behalten.

Bürgermeister Schabetsberger stellt den Antrag, dass wir dem Standesamtsverband nicht beitreten. Er lässt mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP. 3.) Vergabe von Straßenbauarbeiten in der Siedlung Pomedt.

Der Bürgermeister gibt den Sachverhalt bekannt:

Wir haben mehrere Angebote eingeholt, zur vorliegenden Übersicht bedarf es noch einer Erklärung: wir wollten wissen, was kostet das Gesamtprojekt. Das Gesamtprojekt beläuft sich aber auf über € 100.000,-, die Form der Ausschreibung passt nicht bei über 100.000,-. Wir sagten von vornherein, die Entwässerungsarbeiten und die dazugehörigen Grabungsarbeiten werden in Eigenregie durchgeführt. Das alleine sind zwischen € 35.000,- bis € 40.000,-, diese Arbeiten können wir selbst günstiger machen. Deshalb kommt auch der hohe Betrag gar nicht zur Auftragsvergabe. Es wurde im Vorfeld beschlossen, dass das Straßenstück in Höhe des zur Verfügung stehenden Geldbetrages asphaltiert wird. Grob gerechnet sind derzeit noch zur Verfügung:

Überschuss aus 2016	€ 12.871,01
BZ aus 2016	€ 7.000,00
LZ	€ 24.000,00
BZ	€ 40.000,00
Zuführungen heuer derzeit	€ 4.360,00

Verkehrsflächenbeiträge, die noch hereinkommen, wenn der gesamte Bereich gemacht wird mit € 16.700,-; das ergibt eine Summe von € 104.960,-. Dazu kommt der Verkehrsflächenbeitrag von der Zellerstraße von Himsl, Kepplinger, Klugsberger und Briglauer mit einer Summe von € 6.370,-. In Summe stehen € 110.000,- zur Verfügung. Von diesen € 110.000,- gehört abgezogen der Straßenbau Zellerstraße mit rund € 24.000,-. Die genaue Abrechnung liegt noch nicht vor, hier gibt es eine Erhöhung, weil der Unterbau nicht so war wie angegeben. In Wirklichkeit war so gut wie gar kein Material drinnen, nur ein Gemisch aus Erde und Schotter. Dort musste alles ausgetauscht werden. Es verbleiben also rund € 86.000,- übrig und für den Gehweg Wildhag müssen wir rund € 15.000,- kalkulieren. Rund € 71.000,- stehen für Pomedt zur Verfügung. Die Kostenschätzung für Baustelleneinrichtung, Oberbauarbeiten, Nebenarbeiten, die Graderarbeiten usw. belaufen sich incl. der Steuer auf ca. € 76.301,40; das Angebot ist von Fa. Swietelsky, die für diese Bereiche Billigstbieter sind. Zweitgereichte Firma ist die Fa. Porr, da kam ein Nachtragsangebot mit einer

Reduktion bei der Baustelleneinrichtung und 3 % Sondernachlass; ihre Summe beträgt € 77.802,-. Die Fa. Hofmann auf € 84.141,-; separat angefragt wurde bei Fa. Bäck mit Herstellung des Banketts, die macht es um € 2.580,-, wo die anderen Firmen alle um die € 4.000,- liegen. Das heißt, wir kommen mit den finanziellen Mitteln, die zur Verfügung stehen, nicht aus und wir müssen auch noch den Unterbau dazurechnen. Jetzt hat er überlegt, wo bekommen wir noch Geld her? Vizebgm. Ruhmanseder hat dankenswerterweise beim Land angerufen und er ersucht um seine Wortmeldung.

Vizebgm. Ruhmanseder berichtet, wir haben bei LR Steinkellner für die Jahre 2017 bis 2019 € 72.000,- versprochen bekommen, wo wir jedes Jahr € 24.000 bekommen. Wir dürfen das jetzt beliebig aufteilen, das heißt, wir können die Baukosten heuer vorziehen, welche für nächstes Jahr vorgesehen sind. Die Gesamtausgabe beträgt 480.000 und diese können wir beliebig aufteilen. Die € 24.000 Förderung bekommen wir aber jedes Jahr, aber wir dürfen sie heuer schon verplanen.

Der Bürgermeister antwortet darauf, wenn wir es aber heuer schon verplanen und ausgeben, dann stehen und nächstes Jahr 24.000 weniger zur Verfügung, weil wir es nur vorziehen. Kreditaufnahme gibt es nur nach Rücksprache vom Land und die sagen zu dieser Vorgangsweise sicherlich nicht ja. Es gibt noch eine weitere Möglichkeit, die aber mit den dortigen Grundbesitzern zu besprechen ist. Es gibt einige unbebaute Grundstücke, für diese können wir noch nicht den Verkehrsflächenbeitrag vorschreiben. Wenn sie freiwillige bereit sind, den Verkehrsflächenbeitrag zu bezahlen, dann wäre das eine positive Entwicklung, damit wir diesen „Ring“ fertig machen können. Man kann aber niemand dazu zwingen, denn es gibt dazu keine gesetzliche Handhabe. Wenn sie vorfinanzieren, brauchen sie natürlich später beim Hausbau nicht mehr zu zahlen. Bei einer Besprechung mit den Anrainern kam dies zur Sprache, weil die Bewohner gebeten haben, dass alles asphaltiert wird. Wir können nur beschließen, dass wir im Rahmen der vorhandenen Geldmittel die Straße asphaltieren. Er kann aber nicht garantieren, dass der Kreis geschlossen wird, weil wir kennen die Kosten für den Unterbau nicht. Wir brauchen noch Angebote, was die Baggerungen tatsächlich kosten. Sein Vorschlag ist nun folgender: wir beschließen das jetzt nicht, dass wir es in Eigenregie machen. Wir beschließen, dass der Vorstand erfährt per mail, wenn die Angebote eingetroffen sind. Jedes einzelne Vorstandsmitglied kann dann prüfen und sagen „ja, das ist die günstigste Firma, mit dieser Firma arbeiten wir“. Dann wickeln wir es intern ab. Nur er braucht dazu einen Beschluss. Er kann aber nicht mehr machen als wir zur Verfügung haben plus 24.000 Vorfinanzierung aus dem nächsten Jahr. Aber der Gemeinderat muss dem jetzt zustimmen, sonst können wir es nicht so machen, sonst können wir nur € 71.000 verbauen. Der Bürgermeister bittet um Wortmeldungen.

GV. Schmideder hält es nicht für vernünftig nur einen Teil zu machen. Wir müssen schauen, dass wir fertig asphaltieren.

GR. Steinmetz: das Problem dort ist, dass die Straße hinten stark abschüssig ist. Der Schotter wird weggeschwemmt. Ein weiteres Problem ist, weil es enorm staubt. Die Häuser sind alle neu gefärbelt und sie sind verstaubt. Die Baustelleneinrichtung kostet auch wieder Geld, das würden wir dann doppelt bezahlen, wir verschenken € 1.000 an Baustelleneinrichtung. Die Kollegen haben erst diskutiert und kamen auf die Idee, dass die Baufirma einen Teil erst im nächsten Jahr in Rechnung stellen. Das ist weder ein Kredit noch sonst irgend etwas.

Der Bürgermeister antwortet, „davon sind wir zu weit weg“. Wenn wir im November die letzten wären die asphaltieren, dann wäre das vielleicht noch möglich. Der Zeitplan sieht so aus, dass intern mit den Bauarbeiten am 7.8. begonnen wird, Zeitraum ca. 3 Wochen. Das heißt, Ende August müssten die Gemeindearbeiter mit ihren Arbeiten fertig sein. Die Baufirma könnte dann Anfang bis Mitte September beginnen.

GR. Steinmetz sagt, es betrifft dann einen Zeitraum von dreieinhalb Monaten und er kennt Firmen, die von vornherein sagen 60 Tage Zahlungsziel. Bei dem, was Geld heudet kostet, bekommt man um 2 % einen Kredit, bei einem Vierteljahr sind das 0,5 %. Die Firma kann nun sagen, dies finanziere ich bis zum Jahresende. Er glaubt nicht, dass eine Firma sagt, das macht sie nicht.

Bgm. Schabetsberger: wenn wir jetzt beschließen, dass wir die € 24.000 vorziehen, und die Anrainer einigen sind draußen, dass zumindest der Großteil der Interessentenbeiträge hereinkommen, dann werden wir rundum fahren können. Was wir mit Sicherheit nicht zusammenbringen, sind die kleinen Stichstraßen, das sind nochmals in Summe 16.000 bis 18.000 Euro. Was beim Wohnhaus Muckenschnabel schwierig ist, dort haben wir extrem viele Kanalschächte. Dadurch ist es zwar nicht eine sehr lange Fläche, aber es ist sehr teuer, weil wir dort viele Kanalschächte nivelieren und auch

die Schachdeckel setzen müssen. Die Kosten sind auf den Laufmeter gerechnet dort um einiges höher. Aber er kann sich vorstellen, wenn jeder etwas dazu beiträgt, dass gesamte Ring asphaltiert werden kann. Aber dazu brauchen wir einen dementsprechenden Gemeinderatsbeschluss.

GR. Klugsberger stellt eine Frage zur „Vorziehung“ der € 24.000,--.

Vizebgm. Ruhmaseder erklärt: wir haben eine Gesamtbausumme von € 480.000,-, die können wir beliebig aufteilen. Wir bekommen pro Jahr € 24.000,--.

GR. Klugsberger: wir bekommen € 24.000,-- auf drei Jahren und können theoretisch heuer alles machen?

Vizebgm. Ruhmaseder: nein, das Geld können wir verbauen, aber wir bekommen pro Jahr € 24.000,-

GR. Klugsberger: aber wir können im Prinzip beschließen, wir nehmen 30.000 auf und kommen rundherum?

Bgm. Schabetsberger: mit großem Bauchweh. Wenn uns das Land prüft, dann werden wir alle geschimpft. Es muss jedem klar sein, am Jahresende müssen wir abrechnen und dann steht beim Endergebnis, wir haben überzogen oder wir haben es geschafft. Wir werden von der Bezirkshauptmannschaft geprüft und wenn wir gröber überzogen haben, prüft das Land. Und dann müssen wir eine eindeutige Stellungnahme dazu abgeben, warum wir es so gemacht haben. Wir können jetzt sagen, Büro Landesrat Steinkellner hat uns zugesagt, wir dürfen die Mittel heuer schon verbrauchen, wir bekommen sie aber erst nächstes Jahr. Zur Verfügung gestellt. Es scheitert nicht am Geld, dass wir die Firmen zahlen können. Es wird trotzdem am Jahresende mit Plus/Minus abgerechnet, nicht ob das Geld da ist oder nicht. Es geht darum, der Gemeinderat zumindest mit großer Mehrheit sagt, wenn wir um € 20.000 heuer mehr verbauen, dann ist das so. Aber es muss jeder dahinterstehen! Er kann dann nicht nachher sagen „da habe ich nicht mitgemacht, ihr drei habt überzogen und habt Schuld daran“. Es würde nun dokumentiert, dass der Wunsch da ist, dass wir überziehen können. Diese Entscheidung muss jedem klar sein. Wir machen nichts illegales, das ist auch klar. Wenn wir heuer überziehen, dann fehlt uns nächstes Jahr dieses Geld.

GR. Schroll erkundigt sich bezüglich der Fördermittel des Landes.

Der Bürgermeister ist der Meinung, versuchen wir einen Teilbetrag nächstes Jahr zu zahlen, damit wir heuer die Fördermittel des nächsten Jahres noch nicht brauchen. Es ergeht von ihm nochmals das Ersuchen an die Bewohner, dass sie untereinander reden, damit wir eventuell schon vorzeitig den Verkehrsflächenbeitrag bekommen. Wenn wir den Hälftebetrag zusätzlich hereinbekommen, wären das z.B. rund € 6.500,--.

GR. Rosenberger stellt die Frage, ob auch der Parkplatz beim Spielplatz mit asphaltiert wird.

Dies wird vom Vorsitzenden verneint. Der Parkplatz ist gut geschottert und wir können derzeit diese € 4.000 sparen. Bereits jetzt wurde eine Sanierung des Spielplatzes mit gemacht.

GR. Rosenberger: Wie ist die Straßenbreite?

Bgm. Schabetsberger: wie bei den anderen Straßen: 4 m Fahrbahn und je 50 cm Bankett. Es wird wieder mit den Anrainern gesprochen, wer bis zur Grundgrenze asphaltiert haben will, muss dies selbst bezahlen, der Kostenbeitrag beträgt pro m² € 18,--. Die Einfahrten werden natürlich von der Gemeinde mit erledigt, aber ein Einfahrt über 30 Meter würde natürlich nicht bezahlt, sondern nur im Bereich der Garagenzufahrt.

GR. Rosenberger stellt eine Fahrbahnbreite unter 4 Meter zur Diskussion.

Bgm. Schabetsberger: unter 4 Meter ist ein Schildbürgerstreich, weil man muss davon ausgehen, es fahren dort noch große Fahrzeuge, weil nicht alle Parzellen verbaut sind. Es gibt einfach Anlieferungsfahrzeuge mit 18 Meter Länge und die kommen nicht um die Kurve ohne auszuschnellen. Und wenn es zu eng ist, bröckelt der Asphalt. In Wirklichkeit spart man nicht viel, weil der Quadratmeter kostet umgerechnet € 18,-. Das meiste, was man braucht, ist die Rollierung; es

sind in Summe 770 Laufmeter, wenn man einen halben Meter weggibt, sind es auch 350 Laufmeter mal € 18,- sind es € 7.000,-, was wir uns sparen. Im Trichterbereich ist die Asphaltierung größer, weil da müssen die LKWs auch fahren können.

GV. Arthofer: nachdem sich alle einig sind, stellt er folgenden Antrag: den ganzen Ring in Pomedt II asphaltieren; wir schauen, dass wir die Rechnung aufschieben können bzw. auch versuchen Verkehrsflächenbeiträge von nicht bebauten Grundstücken hereinzubekommen.

GR. Steinmetz stellt eine betreffend Verkehrsflächenbeiträge. Herr Entholzer hat bereits eine Information erhalten, dass er für die gesamte Fläche zahlen muss.

Der Bürgermeister antwortet, die Gemeinde ist in diesem Fall verpflichtet den Verkehrsflächenbeitrag einzuheben.

GR. Dick: kommt es schon um so viel billiger, wenn wir die Wasserführung selbst machen? Er stellt dazu die Erhöhung in der Zellerstraße zur Diskussion.

Bgm Schabetsberger antwortet, in der Zellerstraße ist es anders, weil dort mussten wir alles herausbagger, entsorgen und mit neuem Material auffüllen.

GR. Dick: wie schaut es dann mit der Haftung aus? Die Fa. Swietelsky wird keine Haftung übernehmen wenn wir den Unterbau selbst machen.

Bgm. Schabetsberger antwortet, wir haben schon sehr viel selbst gemacht, das ist so. Es gibt sogar Gemeinden, die machen alles selbst bis auf die Asphaltierung. Der Unternehmer haftet für das was er macht. Wenn sich herausstellt, der Unterbau war mangelhaft, dann wird der Asphaltierer nicht dafür haften. Wenn er anstelle von 8 cm nur 4 cm Asphalt aufbringt, dann muss natürlich er dafür haften, weil er macht auch die Graderung. Etwas anderes wäre es, wenn wir die Graderung machen, dann könnte der Unternehmer sagen „ich habe nicht mehr draufgebracht“. Die Fima macht Graderung und Asphaltierung und muss auch dafür haften. Der Unterbau ist in Pomedt ausreichend. Wir müssen für die Straßenbeleuchtung aufgraben, die wird mitgemacht, da sehen wir viel Unterbau da ist. Es wird alles mitgemacht was notwendig ist: Straßenbeleuchtung, Verkabelung und auch die Leerverrohrung für etwaige Glasfaserleitungen

GR. Dick stellt die Frage, wie viele Straßenbeleuchtungskörper aufgestellt werden.

Bgm Schabetsberger antwortet, es wurde noch kein Plan ausgearbeitet, dieser wird intern in der Gemeinde ausgearbeitet. Bei der Begehung wird das dann mit den Anrainern besprochen. Wir müssen uns schon nach gewissen Richtlinien halten, genau können wir uns nicht daran halten, denn dann hätten wir alle 40 Meter eine Lampe. Auch bei den anderen Straßenstücken haben wir da gab es keine Beschwerden, weil man sich mit den Leuten zusammenreden kann.

GR. Humer: hat Entholzer das Grundstück zusammengelegt?

Dies wird vom Vorsitzenden bejaht; der Nachteil ist, wenn die Grundstücke nicht zusammengelegt sind, muss er immer die Erhaltungsbeiträge zahlen. Über die Jahre gesehen kommt es ihm teurer, wenn er die Grundstücke nicht zusammenlegt.

GR. Payrleitner ist auf jeden Fall die Gesamtasphaltierung; er weist darauf hin, der Hydranten darf nicht vergessen werden.

Bgm. Schabetsberger bestätigt dies. Ein Hydrant wird gerade gesetzt und es gibt dort viele aktive Feuerwehrmitglieder, die sicherlich darauf drängen werden, dass es dort passt.

GR. Payrleitner: Es gehört mit der Feuerwehr abgesprochen, wo sie gesetzt werden.

Bgm. Schabetsberger antwortet, das ist der nächste Besprechungspunkt. Es geht nicht nur um die Hydranten, sondern auch um das Regenrückhaltebecken. Wir werden auch einen Wasserbehälter brauchen, weil dort so ein großes Gebiet ist und wir bekommen nicht mehr Wasser dort hin. Bei den letzten Berechnungen haben wir zwar gesehen, wir könnten eine 200er-Leitung machen, aber

deswegen bekommen wir auch nicht mehr als 1000 Liter in der Minute heraus. Da müssten wir eine zweite Hauptwasserleitung legen von Berg. Der Wasserbehälter kommt wahrscheinlich im Bereich Muckenschnabel, aber da müssen wir mit dem Landesfeuerwehrkommando reden. Das müssen wir zwar jetzt noch nicht in Angriff nehmen, aber bereits jetzt planen. Danach richtet sich auch der Standort der Hydranten.

Vizebgm. Ruhmaseder sagt, wie viele Kubikmeter gibt es in den diversen Pools?

Der Vorsitzende sagt, im Brandfall ist es normal, dass dieses Wasser verwendet wird.

GR. Dick stellt einen Löschweiherr zur Diskussion. Andere Leute könnten diesen pflegen.

Der Bürgermeister antwortet, ein Löschweiherr ist insofern nicht gut, weil die Pflege dort extrem wird. Ihm ist lieber, wir haben einen geschlossenen Behälter, das bekommt man vom Land gefördert.

Bei der anschließenden Diskussion wird auf künftige Baggararbeiten der Gemeinde beim Löschteich hingewiesen.

GR. Klugsberger hat eine Frage zur Leerverrohrung Glasfaser. Darf da jeder „einziehen“?

Bgm. Schabetsberger: Das ist dann Sache, wer das Baulos bekommt. Wir ziehen es deshalb ein – egal wer es bekommt – die müssen nicht neu aufbaggern. Wer dies dann erschließt, darauf haben wir keinen Einfluss. A1 oder EnergieAG macht dieses Projekt nicht, wenn sie wissen, sie müssen dort um € 100.000 baggern. Es kommt ein Leerrohr hinein, aber es können dort nicht gleichzeitig drei Kabel eingezogen werden. Wer den Auftrag erhält, der zieht seine Kabel ein. Die Anschlüsse ins Haus betrifft nicht die Gemeinde. Wir werden die Leerverrohrung so legen, dass wir sicher nicht im Asphalt dann nochmals aufbaggern müssen. Wir können jetzt nicht schon für jedes Haus einen Hausanschluss machen, das geht nicht, weil auch Kurvenradien zu berücksichtigen sind. Es wird so gelegt, dass neben der Straße die Arbeiten passieren können.

Abschließend lässt der Bürgermeister über den Antrag von GV. Arthofer abstimmen: Die Fa. Swietelsky erhält als Billigstbieter den Auftrag für die Asphaltierungsarbeiten. Die anderen Arbeiten werden intern aufbereitet, der Vorstand zeichnet die Vergabe ab, wenn die Preise vorhanden sind. Es wird der gesamte Ring asphaltiert. Er lässt mittels Handzeichen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP. 4.) Bericht des Obmannes des Wohnungsausschusses

Obmann GR. Payleitner berichtet über die Sitzung des Wohnungsausschusses am 23.5.2017 mit folgender Tagesordnung:

1. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 40, **Wohnung Nr.12** im 1. Stock, (1 Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **81,96 m²**
2. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 40, **Wohnung Nr.20** im 2. Stock, (1 Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **80,89 m²**
3. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 45, **Wohnung Nr.1** im Parterre, (1 Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **72,94 m²**
4. Vergabe einer Mietwohnung im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Zellerstraße 45, **Wohnung Nr.2** im Parterre, (kein Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **58,47 m²**

5. Vergabe einer 3-Raum-Mietwohnung im LAWOG-Wohnblock in 4752 Riedau, Pittnerstraße 45, **Wohnung Nr.1** im Erdgeschoß, (1 Kinderzimmer); Nutzflächenausmaß **79,42 m²**
6. Allfälliges.

Sitzung des Wohnungsausschusses am 27.6.2017 mit folgender Tagesordnung

7. Vergabe einer Mietwohnung im **BETREUBAREN WOHNEN** im ISG-Wohnblock in 4752 Riedau, Marktplatz 84-85, **Wohnung Nr.4** im Erdgeschoß; Nutzflächenausmaß **56,43 m²**
8. Allfälliges.

TOP. 5.) Bericht des Bürgermeisters zum aktuellen Stand Bauhofkooperation

Der Bürgermeister gibt bekannt:

Den Gemeinderatsmitgliedern haben den Brief von Frau Landesrätin Gerstorfer zum aktuellen Stand Bauhof erhalten. Er weist auf die finanzielle Situation hin. Laut Gemeinderatsbeschluss hatte der Bürgermeister ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Zell/Pram zu führen.



2. Juni 2017 - Held *Birgit*
Bitte bei Antwortschreiben obige Zahl anführen!

Herrn Bürgermeister
Franz Schabetsberger
Marktgemeindeamt Riedau
Markt 32/33
4752 Riedau

Marktgemeindeamt Riedau		
Zl.:		
Eingel. 14 Juni 2017		
Äl.	neu	Kassa
Buchh.	Melde.	Allgem.

Betrifft: Bauhofprojekt Riedau

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Franz!

In der Sache Bauhof-Projekt darf ich dir aus Sicht des Gemeinderessorts gerne folgende zusammenfassende Stellungnahme übermitteln:

Aufgrund des mehrheitlichen Beschlusses vom 18. Mai dJ, welcher im Sinne eines Grundsatzbeschlusses die Umsetzung des Bauhof-Kooperations-Projektes mit der Gemeinde Zell/Pram fordert und nach dem Gespräch in Riedau am 31. Mai mit allen Fraktionen steht für mich als zuständige Gemeindereferentin fest, dass aus meinem Ressort keine Gelder zur Verfügung gestellt werden können, die eine Ungleichbehandlung oder Schlechterstellung der Gemeinde Riedau nach sich ziehen würden.

Im Detail berufe ich mich auf die durch die Fachabteilung IKD durchgeführten Wirtschaftlichkeitsrechnungen, welche zeigen, dass die Umsetzung des gemeindeeigenen Bauhofs im ehemaligen ÖBB-Lager in Riedau jedenfalls immer günstiger kommt als die Tragung von 50 % der Kosten des Bauhofkooperationsprojekts mit Zell/Pram. Somit steht für mich fest, dass keinesfalls mehr Fördermittel (Bedarfszuweisungen) seitens meines Ressort zur Verfügung gestellt werden können, als im BZ-Antrag vom 29.03.2017 dargestellt, nämlich 361.300 Euro.

Ich halte meine Zusage für den Umbau des ÖBB-Lagers jedenfalls für das Jahr 2017 aufrecht. Gemäß der Übergangsbestimmungen der Gemeindefinanzierung NEU erfordert dies, dass noch im Jahr 2017 mit den Umbauarbeiten begonnen werden müsste.

Im Lichte der ab 2018 geltenden Gemeindefinanzierung NEU sind alle Projekte neu zu bewerten. Dabei ist festzustellen, dass als Voraussetzung für die Umsetzung von Kooperationsprojekten jedenfalls ein abgestimmtes Betriebs- und Errichtungskonzept, sowie die Grundlagen einer Gemeindekooperation im Bauhof-Bereich vorliegen müssen. Aber auch in diesem Fall ist es für mich undenkbar, dass Riedau 50 % der Errichtungs- und Betriebskosten für ein bei weitem teureres Projekt übernimmt. Daher kann ich aus heutiger Sicht auf Grundlage der vorhandenen Unterlagen dem Kooperationsprojekt keine Zustimmung erteilen.

Ich danke dir jedenfalls für deine Bemühungen und verbleibe

Mit den besten Grüßen



Landesrätin Birgit Gerstorfer

Am 9. Juni 2017 erfolgte nun das Gespräch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Zell an der Pram:

Anwesende von der Gemeinde Riedau: Bürgermeister Franz Schabetsberger, AL Katharina Gehmaier und von der Gemeinde Zell/Pram: Bürgermeister Matthias Bauer, AL Paul Schmidleitner, Vizebgm. Ziegler Alois

Bgm. Schabetsberger berichtete vom Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion bei der Gemeinderatssitzung am 18.5.2017; seitens Fr. Landesrätin Gerstorfer wird es aber dazu keine Zustimmung geben. Eine Kooperation ist für ihn nur sinnvoll wenn eine Einsparungsmöglichkeit vorhanden ist; wichtig ist für ihn: wann zahlt sich eine Maschine aus? Maschinenstunden in Riedau im Schnitt 100 Stunden/Jahr (Traktor, Lader, Hoftrac etc.). Bgm. Bauer: das Ausleihen von Geräten (Traktor) wird immer schwieriger. Bgm. Schabetsberger: Wasser, Kanal und Straßenbau nur im 20 %-Bereich, wo Kooperation sinnvoll wäre. Bgm. Bauer: mit eigenen Fahrzeugen ist man flexibler(Winterdienst).

Bgm. Schabetsberger: Winterdiensteinsatz Gemeindearbeiter ist nur minimal. Maschinen rentieren sich ab 700 Std/Jahr. Für Riedau sieht er die Notwendigkeit nicht. Die Bauhofkooperation würde Riedau 255.000,- Mehrkosten verursachen.

Bgm. Bauer: er stellt sich nur ein gemeinsames Gebäude vor, die Arbeiter bleiben aber den Gemeinden zugeteilt.

Bgm. Schabetsberger: unsere Gemeinderäte gehen davon aus, dass es ein gemeinsames Personal gibt. Aber dieser Vorschlag ist zu diskutieren.

Weitere Diskussion betreffend Zuteilung von BZ-Mittel.

Amtsleiter Schmidleitner: LR Hiegelsberger fordert einen Verband. Wir (Bürgermeister, Amtsleiter) müssen berücksichtigen, dass bei Nichteinhaltung verschiedener Vorschriften ein Finanzstrafverfahren anhängig sein könnte. Er will nicht persönlich dafür haften. Dies bestätigt die Amtsleiterin Gehmaier.

Bgm. Bauer: jetzt müssen sich also die „Linzer“ etwas einfallen lassen, müssen miteinander reden.

Bgm. Schabetsberger: LR Gerstorfer sagt, mit ihr hat niemand geredet.

Bgm. Bauer: er hatte als Bürgermeister den Auftrag vom Land die Unterlagen so zu planen; LR Hiegelsberger sagte, er geht zu LR Gerstorfer und redet mit ihr. Die Planung ist so gemacht, dass der Bauhof für eine oder zwei Gemeinden passt, wenn nur für Zell braucht er nur einen Teil weglassen. Will Riedau nicht mittun?

Bgm. Schabetsberger: wir bekommen die Finanzierung nicht. Auch die Kostenaufteilung passt nicht.

Beratungsergebnis dieses Gesprächs: Bürgermeister Bauer verfasst ein Schreiben an LR Hiegelsberger, in welchem das Gespräch mitgeteilt wird. Bürgermeister Schabetsberger wird LR Gerstorfer anrufen und vom Gespräch unterrichten. Gemeinde Riedau mailt an Gemeinde Zell Schreiben von LR Gerstorfer vom 31.3.2017

Das war also das Beratungsgespräch. Bis heute ist noch kein Gesprächstermin in Linz zustande gekommen.

GV. Schmidseher: warten wir ab und dann sehen wir weiter.

GR. Klugsberger berichtet, er war heute in Zell bei einem Wasserrechtstermin und hat dann mit Bgm. Bauer gesprochen. Die Variante, wo die Mitarbeiter bei den Gemeinden bleiben, ist sein Entgegenkommen, weil der Riedauer Bürgermeister keinen Verband will. Die € 361.000,- gelten für heuer und nächstes Jahr muss neu verhandelt werden. Bei der Gemeindefinanzierung müssen wir nachschauen, ob wir wirklich 50:50 teilen, vielleicht 60:40 oder anders, das sollen sich aber Fr. Gerstorfer und Herr Hiegelsberger ausmachen. Wegen des Termines von Fr. Gerstorfer: bei ihr ist es ganz schwer, das man einen Termin bekommt. Blockiert sie? Das hat er so gehört vom Bürgermeister in Zell.

Bgm. Schabetsberger: Bezüglich deiner Aussage, die € 361.000 gelten für heuer: diese Förderung ist genehmigt und sie stellt dies heuer noch zur Verfügung. Auch nächstes Jahr gibt es nicht mehr als € 361.000. Sie kann nicht mehr hergeben, auch nächstes Jahr nicht, weil sie hat ein Projekt bewilligt, wo für ihre Abteilung ein Kostenfaktor von € 361.000 herausgekommen ist. Sie ist nicht bereit, weitere Kosten zu bewilligen. Er muss widersprechen, dass Frau Gerstorfer für einen Termin schwer zu erreichen ist, weil sie wartet immer darauf, dass Herr Hiegelsberger zu ihr sagt „setzen wir uns zusammen“. Er hat bis heute noch kein diesbezügliches Gespräch geführt und sie sind aber sicherlich seit der letzten Sitzung bereits zehnmal zusammengekommen.

GR. Desch sagt, dass es traurig ist, dass die beiden noch nicht miteinander gesprochen haben.

GR. Humer: es gibt doch eine Gemeindefinanzierung neu ab 2018?

Der Bürgermeister antwortet, Gemeindefinanzierung neu oder nicht neu, das Büro Gerstorfer gibt nicht mehr her als € 361.000, auch nächstes Jahr nicht.

GR. Rosenberger: ist es sinnvoll in einem eigenen Ausschuss zu reden? Wir reden stundenlang und es gibt kein Ergebnis. Deshalb besser gleich auslagern und dann damit in den Gemeinderat gehen.

Bgm Schabetsberger: das ist rechtlich nicht möglich.

GR. Steinmetz: ist das Projekt Bauhof beim Bahnhof jetzt endgültig vom Tisch oder gibt es das noch immer?

Bgm Schabetsberger: es liegt auf Eis, bis entschieden ist, was passiert weiter. Weil das Projekt ist vom Land genehmigt. Es ist derzeit gestoppt, weil der Gemeinderat einen anderen Beschluss gefasst hat. Das Projekt existiert, bis eine andere Lösung kommt. Wenn sich jemand dafür finanziell entscheidet, dann geht es. Wenn nicht, dann kann es sein, dass es für Riedau gar kein Bauhofprojekt mehr gibt. Wenn keine Einigung in Linz zustande kommt und der Gemeinderat bei dem Beschluss bleibt, dass wir es in Riedau nicht machen, gibt es gar keinen Bauhof. Dann gibt es für die Riedau die nächsten 10 Jahre oder 20 Jahre keinen Bauhof.

GV. Schmideder: warum 10 oder 20 Jahre? Vielleicht haben wir in vier Jahren den Bürgermeister und der kann mit Hr. Hiegelsberger besser und es gibt einen Bauhof?

Bgm. Schabetsberger: vielleicht hat bei der nächsten Wahl die SPÖ die Absolute? Das brauchen wir so nicht diskutieren. Solange Linz nichts tun können wir nicht weiterarbeiten.

GR. Dick: ist vorgesehen, dass die beiden Bürgermeister gemeinsam nach Linz fahren?

Bgm Schabetsberger: er und Bgm. Bauer haben bei jeweiligen Referenten deponiert, dass wir jederzeit bereit sind nach Linz zu kommen, sobald sie einen Termin vereinbart haben.

GR. Humer: kann man sich Kooperationen anschauen?

Bgm Schabetsberger: es gibt schon mehrere Kooperationen und es gibt derzeit keine einzige, die positiv läuft. Er hat schon mit vielen gesprochen und es rennt deshalb nirgends positiv, bei den Kooperationen die Gemeinden so viel abgeben müssen. Du hast als Gemeinde keine Einflussmöglichkeit mehr auf den Bauhof. D.h., habe ich eine dringende Arbeit, muss ich den Bauhofleiter anrufen und wenn er sagt, ich habe jetzt nicht Zeit, du kommst erst in drei Tagen dran, dann bekomme ich es erst in drei Tagen. Das sind die Reibereien die tagtäglich passieren und das sind die negativen Einflüsse. Eine Kooperation heißt ein gemeinsames Gebäude mit gemeinsamem Personal.

GR. Klugsberger: aber du wolltest keinen Verband und der Zeller Bürgermeister ist dir entgegengekommen.

Bgm. Schabetsberger: nein, so war das nicht. Die Amtsleiterin war dabei. Der Vorschlag ist vom Bürgermeister Bauer gekommen, so wurde es auch niedergeschrieben. Ich habe ihm gesagt, ein Verband ist nicht möglich, weil wir die Finanzierung nicht bekommen. AL Gehmaier hat in Zell mitgeschrieben und dieses Gedächtnisprotokoll verfasst. Ich habe gesagt, ich bekomme keine Finanzierung für die Kooperation, weil er das Schreiben von Fr. Gerstorfer hat. Und als Gemeinde können wir uns nicht mehr leisten. Wenn Hr. Hiegelsberger nun sagt, er zahlt 3/5 Teile, wäre es möglich.

GR. Krupa bittet persönliche Angriffe aufzuhören.

TOP. 6.) Bericht des Bürgermeisters.

Das 3. Riedauer Wirtefest findet am Samstag, 8.7. statt, Beginn um 17.00 Uhr

Folgender Termin ist bitte vormerken: Tag der älteren Gemeindebürger, voraussichtlich am 22.10.2017.

Bezüglich Straßensanierung nach Zell/Pram, es gab eine Besprechung mit Straßenmeister Strasser. Die Ausschreibung hat die Fa. Swietelsky gewonnen. Wir haben die Kanalschächte zu sanieren, dazu haben wir ein Angebot eingeholt und bereits im Gemeindevorstand beschlossen. Die Kreuzung (bei Wohnhaus Pointl) wird mit asphaltiert, es könnte sein, dass die Gemeinde ein Stück mit asphaltiert. Das wird aber erst entschieden, wenn die Fräse da ist, in welcher Größe wir ein Teilstück mit asphaltieren. Wir müssen dazu nur die Tonnagen zahlen, nicht die Arbeitszeit. Es werden einige Zufahrten mit den Randleisten geändert. Er hat den Vorschlag gemacht, dass die Randleisten so wie in Zell/Pram schräg gesetzt werden, das ist ein absolutes Tabu, das wird vom Land nicht mehr genehmigt. Die Straße wird von der Straßenmeisterei saniert, wir haben nur das Material zu zahlen, das für die Gehsteige verwendet wird. Für uns ist wichtig, wenn die Straße asphaltiert wird, machen wir die Asphaltierung Himsl mit.

Zur Anfrage der Grünen Riedau gemäß § 63a OÖ.Gemeindeordnung: Am Kellerleitenweg nach Friedwang steht ein bzw. mittlerweile mehrere Schilder „Privatgrundstück, betreten verboten“. Damit läuft die Verjährungsfrist für den Weg über die Wiese zum Haus Ottenedt 3. Fragen:

- Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche mit den Anrainern des Kellerleitenweges nach Friedwang?
- Bis zu welchem Datum muss nach dem Wissenstand der Gemeinde das Wegerecht gerichtlich geltend gemacht werden, um die Verjährung zu verhindern?
- Wird die Gemeinde die Verjährung verhindern?

Antwort des Bürgermeisters:

Er hatte Besprechungen mit Anrainern und Gewässerbezirk und es gibt nun folgende Vorgehensweise: bevor wir dort eine Öffnung machen können, müssen wir schauen, dass die Straße gesperrt wird. Es darf auf dieser Straße eigentlich niemand mit Moped, Auto oder sonstiges fahren, weil es diese Straße offiziell gar nicht gibt. Solange wir es nicht in den Griff bekommen, dass dort keine Mopeds mehr fahren dürfen, werden wir auch mit den Anrainern keinen Konsens bekommen. Sie sehen nicht ein, dass die Mopeds über ihre Wiese fahren.

GR. Rosenberger bemängelt, dass dies keine Straße ist. Auch in Schwabenbach fahren sie mit Motocross-Maschinen umher.

Bgm. Schabetsberger antwortet, er hatte eine Besprechung mit dem Wasserverband, dieser sagt, wir werden Verkehrszeichen aufstellen, damit niemand fahren darf. Wenn die Verkehrszeichen dort sind, haben wir eine rechtliche Handhabe, dass wir auch strafen dürfen und das werden wir machen. Dann können die Fußgeher gehen und weiter hinausgehen. Dann bringen wir sicherlich den Gehweg zusammen. Solange die Mopedfahrer dort fahren, sind sie nicht bereit nachzugeben. Er wird sich deshalb bemühen, dass die Mopeds wegkommen. Und auch die Autos: es fahren Leute nach hinten und lassen dann dort die Hunde frei laufen. Deshalb verstehe ich nun die Anrainer. Wir brauchen eine Lösung, die für alle akzeptabel ist.

GR. Rosenberger versteht die Argumentation nicht. Dieser Weg wird anscheinend von Moped- und Autofahrern benutzt, warum auch immer und das wird nun vorgeschoben. Weil „es könnte einer, der das jetzt auch schon nicht machen darf, weiterfahren“?

Bgm. Schabetsberger: das macht er jetzt auch schon, nur ich habe keine rechtliche Handhabe zur Strafe. Es geht nicht um die Tafel, es geht um rechtliche Belange.

GR. Rosenberger: warum kann man das nicht parallel machen?

Bgm. Schabetsberger: es läuft jetzt schon parallel.

GR. Rosenberger wusste nichts davon, dass jetzt Leute mit Mopeds nach hinten fahren.

Bgm. Schabetsberger erklärt, es handelt sich um den eingeschotterten Weg entlang der Pram, diesen braucht der Gewässerbezirk für Erhaltungsmaßnahmen. Auch die Anrainer können den Weg benützen.

GR. Trilsam bestätigt die Angaben des Bürgermeisters, es fahren teilweise viele Mopeds nach hinten, auch Autos und SUV. Er würde sogar einen Schranken anbringen.

Bgm. Schabetsberger antwortet, ein Schranken ist nicht zielführend, denn da fahren sie daneben vorbei. Das Ziel soll sein, dass Fußgeher gefahrenlos gehen können. Dann haben auch die Anrainer nichts mehr gegen eine Öffnung. Die Anrainer stört derzeit, dass Moped- und Fahrradfahrer unterwegs sind.

GR. Eichinger gibt zu bedenken, auch beim Pramtal-Radweg fahren Autos, obwohl dort eindeutige Tafeln aufgestellt sind.

Bgm. Schabetsberger: die Gesprächsbereitschaft der Anrainer ist da, er kennt allerdings das kommende Ergebnis nicht. Was er sicher nicht tun wird ist, dass er vor Gericht geht. Wenn das jemand machen will, muss er es privat machen. Als Gemeinde wird er das sicher nicht machen. Er versucht vernünftig mit den Leuten zu sprechen.

GR. Rosenberger stellt die Frage, wie viel Zeit noch bleibt?

Bgm. Schabetsberger: das muss heuer noch abgeschlossen werden, ob positiv oder negativ stellt sich dann heraus. Es verfällt erst nächstes Jahr. Wer auch immer das privat einklagen will, hat dann noch Zeit. Er wird sicherlich nicht jemand privat anzeigen. Wenn der Weg geöffnet wird, ersucht er gleich alle Anwesenden den Weg auch sauber zu verlassen. Derzeit ist auffällig, dass anscheinend jemand etwas dagegen hat, dass ein Anrainer einen Teich mit Enten hat. Bei einer Ente wurde der Fuß abgeschlagen, eine Ente kann nicht mehr fliegen. Er bittet speziell Herrn Sperl keine Gespräch zu führen, bis er sagt, dass er mit den Gesprächen fertig ist.

TOP. 7.) Allfälliges

GR. Desch: wie schaut es am Bahnhof WC aus? Und allgemein am Bahnhof? Man hört, dass randalliert und Fahrräder demoliert werden?

Bgm. Schabetsberger: die WCs sind immer nur kurzzeitig gesperrt. Wir haben Verdachtsfälle, können aber niemandem etwas nachweisen. Das Hauptproblem ist, dass derzeit dort ein Treffpunkt ist. Er muss dazu sagen, es sind nicht nur lauter Ausländerkindern, dort gibt es gemischte Gruppen. Dort spielt sich nicht nur in einem Milieu etwas ab, sondern in mehreren. Wir können bei Verstopfungen nur wieder eine Woche sperren, damit wir wieder eine Woche Ruhe haben und die Leute sich beruhigen. Wir hoffen, irgend wann jemand zu erwischen.

GR. Desch: es geht nicht nur um die WCs, es werden auch Fahrräder demoliert usw.

Bgm. Schabetsberger: das sind wieder andere Sachen. Derzeit haben wir auch große Probleme mit dem Automaten. Wir sind dabei mit den ÖBB Gespräche zu führen, entweder auf den Mittelgang zu verlegen oder sie entfernen ihn ganz. Es ist nicht einzusehen, dass unsere Leute dies alles wegräumen müssen. Es ist Angelegenheit der ÖBB, wir wurden nicht gefragt.

Vizebgm. Mitter glaubt, es ist nicht so gut, denn dann sind diese Gruppen auf dem Mittelsteig. Teilweise trauen sich die Leute schon nicht mehr bei der Unterführung durchgehen.

Bgm. Schabetsberger: das kann man aber nicht verhindern. Die Polizei geht oft hin, muss es sich aber gefallen unschöne Aussagen gefallen lassen. Wenn jemand einen auf frischer Tat ertappt bitte festhalten und sofort die Polizei anrufen, damit wir zumindest einen Täter einmal haben. Die Schäden betragen nun schon einige hundert Euro.

GR. Kopfberger ersucht, dass die Tafel bei der Kirche, in welcher das Schloss beschrieben ist und der Pfeil zur Neuen Mittelschule, welche sehr verschmutzt ist, abzuwaschen.

Vizebgm. Mitter gibt folgende Info: die ÖVP-Fraktion hatte am 9.6. ihren Parteitag und neuer Parteibmann von Riedau ist Herr Johann Schmidseider.

GV. Heinzl: was wurde heute in der Siedlung Berg gebaggert?

Bgm. Schabetsberger: wir suchen die Quelle, die den dauernden „Springbrunnen“ erzeugt. Es wurde eine Leerverrohrung gefunden, die geht zwar in den Kanal. Am Montag kommt ein Vertreter der EnergieAG, denn beim Verteilerkasten kommt auch immer wieder Wasser heraus. Irgendwo daneben rinnt das Wasser unter dem Asphalt durch und kommt dann dort an. Wir suchen nach einer Lösung des Problems. Nächste Woche werden alle Schächte ausgeputzt.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die vorherige Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 18.05.2017 wurden keine - folgende - Einwendungen erhoben:

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzungen um 21.30 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

.....
(Schriftführer)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden - über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde und diese Verhandlungsschrift daher im Sinne des § 54 (5) OÖ. Gem0 1990 als genehmigt gilt.

Riedau, am

Der Vorsitzend (SPÖ):

.....
Bürgermeister Franz Schabetsberger

.....
ÖVP Vizebgm. Mitter

.....
FPÖ Vizebgm. Ruhmanseder

.....
SPÖ GV. Arthofer

.....
GRÜNE Rosenberger

Bürgerfragestunde

Anfrage von Herrn Sperl Ernst:

Ende Juni wurde in unserer Straße die Beleuchtung auf LED umgestellt. Seither ist es in seinem Schlafzimmer unzumutbar hell. Der Bürgermeister hat zugesagt, dass der Neigungswinkel der Lampe geändert wird, das wird aber voraussichtlich das Problem nicht lösen, weil die Leuchtkraft zu stark ist. Er bittet, stellt die Lampen dort auf, wo die Leute eine wollen.